



Werner Plumpe / Joachim Scholtyseck (Hg.)

Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft

Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik

Geschichte

Franz Steiner Verlag

STIFTUNG
BUNDESPRÄSIDENT-
THEODOR-HEUSS-
HAUS

Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft

STIFTUNG BUNDESPRÄSIDENT-THEODOR-HEUSS-HAUS

WISSENSCHAFTLICHE REIHE BAND II

Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft

Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik

Herausgegeben von
Werner Plumpe und Joachim Scholtyseck

Redaktion:
Florian Burkhardt



Franz Steiner Verlag

Umschlagabbildung:
Ein Polizist bewacht wertlos gewordenes Papiergeld,
das unter Aufsicht verbrannt werden soll (1923)
© ullstein bild

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2012
Druck: AZ Druck und Datentechnik, Kempten
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.
ISBN 978-3-515-10142-4

INHALT

Vorwort	7
---------------	---

Einleitung

Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Einleitende Bemerkungen <i>Werner Plumpe / Joachim Scholtyseck</i>	9
---	---

I. Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Diktatur

Der Gründerkrach, die Krise des liberalen Paradigmas und der Aufstieg des Kathedersozialismus <i>Werner Plumpe</i>	17
--	----

Nationalökonomie und ordnungspolitische Diskussion in der Weimarer Republik <i>Roman Köster</i>	43
---	----

Das nationalsozialistische Wirtschaftssystem: Indirekter Sozialismus, gelenkte Marktwirtschaft oder vorgezogene Kriegswirtschaft? <i>Jochen Streb</i>	61
---	----

Wirtschaftspolitische Ordnungsvorstellungen im deutschen Widerstand gegen das „Dritte Reich“ <i>Michael Kießner</i>	85
---	----

II. Das geteilte Deutschland

Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft als radikale Ordnungsinnovation und die Realität des bundesrepublikanischen „Wirtschaftswunders“ <i>Joachim Scholtyseck</i>	101
--	-----

Wachstum und kein Ende. Die Ära des Keynesianismus in der Bundesrepublik <i>Alexander Nützenadel</i>	119
--	-----

„Neoliberalismus“ als wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren <i>Andreas Wirsching</i>	139
Die DDR als ökonomische Konkurrenz: Das Scheitern des „zweiten deutschen Staates“ als Vergleichswirtschaft <i>André Steiner</i>	151
 III. Bilanz und Ausblick	
Hat die Deutsche Einheit die Soziale Marktwirtschaft verändert? Eine Zwischenbilanz 1990-2010 <i>Karl-Heinz Paqué</i>	179
Was kann der Staat, was darf die Wirtschaft? <i>Karen Horn</i>	205
Die Autoren des Bandes	227
Personenregister	229

VORWORT

Der vorliegende Band dokumentiert die Erträge des Theodor-Heuss-Kolloquiums „Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft“, das die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus vom 28. bis 30. Oktober 2010 im Tagungszentrum Stuttgart-Hohenheim veranstaltet hat. Die beiden Herausgeber konnten sich dank vielfältiger Unterstützung ganz auf die inhaltlichen Aspekte der Tagung konzentrieren. Das Tagungsthema wurde von der Stiftung vorgeschlagen und im Beirat der Stiftung erörtert und modelliert. Der Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Thomas Hertfelder, hat mit seinem Team die Organisation des Kolloquiums übernommen und damit wesentlich zum guten Gelingen und zur angenehmen Atmosphäre der wissenschaftlichen Debatte beigetragen, die das Kolloquium drei Tage lang geprägt hat. Die Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e. V., Bonn, die Sparkassen-Finanzgruppe und die Stiftung der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen haben die Drucklegung des Tagungsbandes mit einer großzügigen Spende maßgeblich unterstützt. Der vorliegende Band wurde redaktionell von Florian Burkhardt, M. A., betreut, der auch das Personenregister besorgte. All diesen Institutionen und Personen gilt unser herzlicher Dank.

Bonn/Frankfurt am Main, im Januar 2012

Werner Plumpe und Joachim Scholtyseck

EINLEITUNG

DER STAAT UND DIE ORDNUNG DER WIRTSCHAFT. EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Werner Plumpe / Joachim Scholtyseck

Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft – das ist, möchte man mit Theodor Fontane fast resigniert sagen, ein weites Feld. Seit mindestens 300 Jahren zerbricht sich die okzidentale Welt den Kopf darüber, was Obrigkeit und Staat können und sollen, was die Wirtschaft und ihre Akteure dürfen und wollen – und in welchem Verhältnis das alles zueinander steht. In diesen Jahren sind wahrscheinlich alle möglichen Varianten durchdacht und die meisten von ihnen auch ausprobiert worden. Eine befriedigende, zumindest eine unwidersprochene Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft scheint bisher nicht gelungen und zeichnet sich auch nicht ab – gleichwohl hat die Bedeutung des Staates in den vergangenen Jahrhunderten sukzessive zugenommen. Lag der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt vor 1914 um die 14 Prozent, so betrug er in den 1920er und den 1950er Jahren jeweils bereits deutlich mehr als 30 Prozent, um schließlich seit den 1970er Jahren auf nunmehr, wenn auch schwankende 50 Prozent der Wirtschaftsleistung anzusteigen. Dass es hier zu einem dauernden Rückgang kommt, kann als ausgeschlossen gelten. Es scheint, als habe die gesellschaftliche Praxis selbst – jenseits aller Debatten – entschieden, dass ein einigermaßen funktionierendes modernes Wirtschaftssystem nur mit einer starken, wachsenden Staatstätigkeit möglich ist, auch wenn sich angesichts der weltweiten Verschuldungskrise ganz aktuell die Frage stellt, ob diese Entwicklung nicht doch an eine schwer zu überwindende Barriere gelangt ist.

Man kann daher zunächst, unabhängig von allen Grundsatzstreitereien, festhalten, dass die Bedeutung der wirtschaftlichen Rolle des Staates in den letzten beiden Jahrhunderten kontinuierlich gewachsen ist; eine Beobachtung, die im Übrigen der preußische Ökonom und Staatssozialist Adolph Wagner bereits im 19. Jahrhundert gemacht hatte und die als „Wagnersches Gesetz“ in die Geschichte der Volkswirtschaftslehre einging. Ordnungspolitisch muss diese Feststellung indes noch nicht viel bedeuten: Die hier interessierende Frage bezüglich der Ordnung der Wirtschaft ist bestenfalls die, ab welchem Prozentsatz staatlicher Inanspruchnahme der Wirtschaftsleistung eine Wirtschaftsordnung ihren Charakter ändert. Manche behaupten bereits heute, die

Bundesrepublik habe im Grunde längst eine sozialistische Ordnung, auch wenn dies wohl eine Minderheitsmeinung vor allem radikal-libertärer Publizisten sein mag.

Die Masse der Beobachter, auch aus der Zunft der professionellen Marktbeobachter, hingegen würde der Bundesrepublik wohl eine kapitalistische Ordnung der Wirtschaft attestieren. Ihr zumeist ja politischer Streit drehte und dreht sich auch gar nicht mehr um Grundsatzfragen, auch wenn diese als Grundierung stets eine Rolle spielen (können). Ganz im Gegenteil drehen sich die Auseinandersetzungen um die Fragen der Art und Weise der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft. Dabei lassen sich in der Diskussion – ähnlich wie in der wirtschaftlichen Entwicklung und parallel zu ihr – semantische Dominanzen beobachten, die zwischen einem Vorherrschen keynesianischen und neoliberalen Denkens oszillieren. Die Wendepunkte in diesen Schwankungen bilden offenbar tiefere Wirtschaftskrisen, die bis dato dominante Konzepte der Staatstätigkeit delegitimieren und konkurrierenden Überlegungen Nachdruck verleihen. Dabei sind diese mit Krisen einsetzenden beziehungsweise verbundenen Orientierungskrisen nicht simple Scharniere; zumeist verbinden sich mit ihnen Phasen heftigen politischen und theoretischen Streits, wie das gerade seit der Pleite des Investmentbankhauses Lehman Brothers im Jahr 2008 und den aktuellen Debatten um den Erhalt des Euro als gemeinschaftlicher Währung sowohl in den USA wie in Europa anschaulich beobachtet werden kann. Die Wahrnehmbarkeit des Wechsels ist zumeist etwas, das sich erst im Nachhinein einstellt – etwa der Aufstieg der Sozialpolitik nach 1873 oder die Blüte des Keynesianismus nach 1929.

Es gibt also offenkundig regelmäßig Streit um die Wirtschaftspolitik, der allerdings nicht zwangsläufig mit Grundsatzfragen verbunden sein muss. So gibt es zwar derzeit eine heftige Auseinandersetzung über die Rolle des Staates, aber der Kapitalismus selbst wird, sieht man einmal von den charakteristischerweise ausgesprochen diffusen Vorstellungen der Anhänger der Occupy-Bewegung oder den politischen Konzepten der Linkspartei ab, kaum in Frage gestellt. Der gegenwärtige Antikapitalismus, soweit er sich in der Publizistik findet, hat überdies etwas ausgesprochen Rhetorisches; wirkliche Ordnungsalternativen verbinden sich mit ihm nicht. Dies war in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts definitiv anders, als die politischen und ökonomischen Krisen die etablierte liberale Ordnung der Wirtschaft grundsätzlich in Frage stellten und alternative Ordnungsentwürfe provozierten. Nun geht der heutige Streit aber, auch wenn er diesseits der Ordnungsschwelle ausgetragen wird, nicht allein um Fragen der Wirtschaftspolitik in einem strukturellen oder prozessualen Sinne, also um Fragen der Struktur- und der Konjunkturpolitik; es werden auch jeweils ordnungspolitische Fragen berührt. Dabei zeigen sich ebenfalls alte Konzeptionen in jeweils neuem Gewand, aber es kommen auch neue Themen und Probleme hinzu. Überdies ist der Streit im Kern ein politi-

scher, in dem allerdings durchweg ökonomische Argumente verwendet werden. Allen, auch den Liberalen, geht es um Staatshandeln!

Schon Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts waren derartige Fragen aktuell, vor allen Dingen jene nach der Freiheit der ökonomischen Akteure, sieht man einmal von den Grundsatzfragen der Begründung der Rolle des Staates (Vertrags- versus Staatstheorie) ab. Der radikale Liberalismus etwa der Physiokraten forderte auf naturrechtlicher Grundlage die völlige Freigabe des wirtschaftlichen Handelns. Die an Adam Smith angelehnten Ökonomen und Wirtschaftspolitiker konnten diesem Ansinnen nur bedingt zustimmen, sahen aber immerhin, dass völlig freie Märkte Tendenzen zur Selbstblockade entwickeln würden (Georg Friedrich Sartorius). Insofern müsse der als autonom gedachte Staat hier ordnend eingreifen. An diese ordnungspolitische Überlegung konnte man später, seit den 1850er Jahren anknüpfen, als sich die negativen Folgen freien ökonomischen Handelns nicht nur ordnungspolitisch, sondern auch sozial zeigten.

Spätestens seit jenen Auseinandersetzungen um die „Soziale Frage“, wurde vom Staat verlangt, dass er nicht nur die Ordnung der Märkte, sondern auch die soziale Integration des Kapitalismus und die soziale Disziplinierung der Unternehmer zu leisten habe. Die bis heute anhaltende Diskussion, welche Mittel dafür eingesetzt werden sollten, kennzeichnete und prägte die ordnungspolitischen Debatten der folgenden Jahrzehnte. Während der Fortschrittsoptimismus, der sich auch auf ökonomische Aspekte bezogen hatte, Zug um Zug verloren ging, brachte das Ende des Ersten Weltkrieges eine merkliche Polarisierung mit sich, in der nicht nur das liberale System grundsätzlich in Frage gestellt wurde, sondern auch von ihren Verfechtern wie den Schülern Gustav Schmollers oder John Maynard Keynes' alternative Lösungsmodelle präferiert wurden.

Schließlich kam mit der Weltwirtschaftskrise noch die Erfahrung des, frei formuliert, Kapitalistenstreiks hinzu, die Keynes' außerordentlich erfolgreiche Parole vom „Deficit Spending“ befeuerte, die in der Nachkriegszeit in der sogenannten neoklassischen Synthese dann der Globalsteuerung das Wort redete. Ordnungspolitik, Sozialpolitik, Konjunkturpolitik: Aus diesen drei teilweise deckungsgleichen, teilweise konkurrierenden Feldern besteht der Streit um die Rolle des Staates bei der Ordnung der Wirtschaft. Dabei haben sich bestimmte Leitsemantiken durchgesetzt, die in Krisenzeiten Auf- oder Abstiegserlebnisse haben. Aber allein die Tatsache, dass wir um die Historizität der Debatten wissen, verhindert, dass wir sie jeweils einfach wiederholen. Auch in diesen Entwicklungen findet sich historischer Wandel, dem es nachzuspüren lohnt.

Grund genug also, um auf einer Tagung das changierende Verhältnis von Staat und Wirtschaft in der *longue durée* des 19. und 20. Jahrhunderts etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Die hier vorliegenden Beiträge dokumentieren die Ergebnisse einer Tagung, die die Stiftung Bundespräsident-Theo-

dor-Heuss-Haus vom 28. bis 30. Oktober 2010 in Stuttgart-Hohenheim veranstaltet hat.

Zunächst schildert *Werner Plumpe*, gleichsam in die Problematik einführend, den „Gründerkrach“ der frühen 1870er Jahre, die Krise des liberalen Paradigmas und den Aufstieg des „Kathedersozialismus“ als den Versuch, die sich auftürmenden sozialen Krisen einer sich ausdifferenzierenden modernen Industriegesellschaft zu bewältigen. Mit dem Ersten Weltkrieg – und erst recht mit seinem Ende 1918 – schienen diese Versuche weitgehend gescheitert, zumal das liberale Modell mit seinen traditionellen Rezepten europaweit an seine Grenzen gekommen zu sein schien und zunehmend autoritäre Wirtschaftslösungen als universelle Rettungsmaßnahmen offeriert wurden, die den bisherigen Ansätzen diametral entgegenstanden.

Hieran anknüpfend betrachtet *Roman Köster* den Untergang der kaiserzeitlichen Ordnung und die – weitgehend ergebnislose – Suche nach einem neuen Muster in den Jahren der Inflation und der Weltwirtschaftskrise. Die Folge war nicht nur eine Ratlosigkeit in der nationalökonomischen Debatte, sondern auch eine praktische Unfähigkeit, der Weltwirtschaftskrise mit wirksamen Rezepten entgegenzutreten. Solche Rezepte wurden allerdings lauthals von Adolf Hitler und seinen „Wirtschaftsexperten“ verkündet und angekündigt. *Jochen Streb* widmet sich der Frage, ob der Nationalsozialismus mit seinem radikalen politischen Programm in ökonomischer Hinsicht eine neue Wirtschaftsordnung auf den Weg zu bringen versuchte: Seine Überlegungen kreisen um die auch heute noch umstrittene Frage, ob die „braune Diktatur“ nun eine Art indirekter Sozialismus, eine gelenkte Marktwirtschaft oder eine vorgezogene Kriegswirtschaft darstellte. *Michael Kießner* hingegen betrachtet die Gegenentwürfe zu den nationalsozialistischen Vorstellungen. Er analysiert die alternativen wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der Widerstandskreise und des „anderen Deutschland“: Verschiedene „dritte Wege“, die beispielsweise von den Freiburger Kreisen in aller Heimlichkeit skizziert und entwickelt wurden und gerade angesichts der NS-Politik Monopole und Kartelle, seien sie privater oder staatlicher Provenienz, verhindern und einen zukunftsfähigen ordnungspolitisch eingehetzten Kapitalismus in der Zeit nach Hitler ermöglichen wollten.

Diese disparaten Modelle kamen bekanntlich nicht zum Zug; ganz im Gegenteil waren es zunächst die Alliierten, die nach 1945 ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen dem besiegten Feindstaat aufzwingen konnten – zumindest schien es so: *Joachim Scholtyseck* stellt vor diesem Hintergrund Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsinnovation vor und verbindet die theoretischen Debatten der Nachkriegszeit mit der Realität des „Wirtschaftswunders“ der 1950er Jahre. *Alexander Nützenadel* untersucht die „kurze Blüte von Keynesianismus und Globalsteuerung“, die mit einer charakteristischen, durch NS-Regime und Zweiten Weltkrieg verursachten, Verzögerung auch in der Bundesrepublik einsetzte, zugleich jedoch durch eine

spezifisch deutsche Komponente ausgezeichnet war, weil gerade der Faktor Stabilität tief ins deutsche kollektive Gedächtnis eingegraben war. Spätestens seit der Ölkrise 1973 und dem Ende der Planungseuphorie gehörten die damit verbundenen optimistischen Annahmen der makroökonomischen Steuerbarkeit definitiv der Vergangenheit an. Allerdings gilt diese Feststellung vor allem für die ordnungspolitische Diskussion. *Andreas Wirsching* wirft nämlich einen nüchternen Blick auf den „Neoliberalismus“ der 1980er Jahre und stellt fest, wie wirkungsmächtig die Residuen des Keynesianismus in der Ära Kohl blieben. *André Steiner* wiederum schaut auf die andere Seite des Eisernen Vorhangs. Er betrachtet das im ökonomischen Desaster endende Konkurrenzmodell der DDR und ermöglicht einen Vergleich zum bundesrepublikanischen Beispiel: Ordnungspolitische Debatten, wie sie für westliche Demokratien kennzeichnend waren, durften allerdings in der SED-Diktatur ohnehin nicht geführt werden. *Karl-Heinz Paqué* wiederum wirft einen Blick auf die ordnungspolitischen Vorstellungen, die im Zuge der deutschen Wiedervereinigung zum Tragen kamen. Er fragt nach dem langfristigen „Erfolg“ dieses Modells und stellt die wirtschaftspolitische Dynamik der reindustrialisierten „neuen Länder“ Ostdeutschlands in die Zusammenhänge der gesamten Entwicklung der mittel- und mitteleuropäischen Staaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als östlicher Führungsmacht. Den Abschluss des Bandes bietet ein Aufsatz von *Karen Horn*, der schließlich ganz grundsätzlich fragt: „Was kann der Staat, was darf die Wirtschaft?“ Sie stellt durchaus provozierend fest, dass der moderne marktwirtschaftliche Staat des 21. Jahrhunderts in der Lage ist, Regelvertrauen zu gewähren, wobei er zugleich den Bürger auszuplündern versteht, während die Wirtschaft sich zum unausgesprochenen Grundsatz zu machen scheint, alles unternehmen zu dürfen, was nicht ausführlich verboten ist. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang freilich, dass über diese jüngsten Entwicklungen kaum ernsthafte ordnungspolitische Debatten geführt werden, wie dies seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland die Norm war und wie der vorliegende Band nachzeichnen möchte.

I. Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Diktatur

DER GRÜNDERKRACH, DIE KRISE DES LIBERALEN PARADIGMAS UND DER AUFSTIEG DES KATHEDERSOZIALISMUS

Werner Plumpe

1. Wirtschaftskrisen als Zäsuren

Wirtschaftskrisen können erhebliche Folgen für die gesellschaftliche Selbstbeschreibung haben und damit auch die Voraussetzungen ändern, unter denen politische Entscheidungen noch als legitim gelten. Gesellschaftliche Selbstbeschreibungen, zumal solche, die im Medium der öffentlichen Meinung stattfinden, sind zwar nie eindeutig, aber evolutionär setzen sich jeweils bestimmte Scripts und Schemata durch, die den „Geist der Zeit“ bestimmen und entsprechend politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse und Entscheidungen ermöglichen. Diese Leitsemantiken nun werden durch ökonomische Krisen erkennbar herausgefordert, da die durch sie zugleich ermöglichte wie beschriebene Welt sich geradezu abrupt ändert – bisher sicher Gewusstes wechselt gelegentlich schlagartig seinen Status und erscheint plötzlich als falsch, naiv, dumm. Wir kennen alle den rasanten Auf- wie Abstieg des Finanzmarktliberalismus in den vergangenen Jahren. Der Umschlag dieses Ansatzes vom überzeugenden Konzept zur fadenscheinigen Ideologie wurde dabei keineswegs durch „bessere Einsicht“ veranlasst, sondern durch den krisenhaften Rückgang der Immobilienpreise in den USA und die sich anschließende weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst.¹ Die gegenwärtige Situation macht überdies auf einen weiteren Punkt aufmerksam. Die Auswirkungen der Krisen betreffen in der Regel nicht alle in einer Gesellschaft verfügbaren Schemata und Scripts der Selbstbeschreibung, im Gegenteil. Die Krise kann auch zur Stunde konkurrierender Semantiken werden, die bislang ein Schattendasein führten, sich nicht behaupten konnten oder in einem wie auch immer gearteten Minderheitsstatus verblieben waren. Insofern sie vor allem die bisherigen Leitsemantiken delegitimieren, können Krisen bisher unterlegene, defensive oder versteckte (konkurrierende) Semantiken ans Licht holen oder doch stark aufwerten.² Dass, um erneut auf ein aktuelles Beispiel

1 Journalistisch zugespitzt, aber durchaus lesenswert LISA NIENHAUS: Die Blindgänger. Warum Ökonomen auch künftige Krisen nicht erkennen werden, Frankfurt a. M. 2009.

2 Typisch dafür etwa die Rückkehr eines wie auch immer gearteten Keynesianismus, z. B. PAUL R. KRUGMAN: Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a. M. 2009; bezeichnend auch die Karriere der Texte von NAOMI KLEIN: Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Krisenkapitalismus, Frankfurt a. M. 2007.

zu verweisen, eine Person wie Sahra Wagenknecht heute ernst genommen wird, wäre noch vor einigen Jahren geradezu unvorstellbar gewesen; man hätte ihren Platz in der Linken nicht bestritten, aber ihr letztlich keine darüber hinausgehende Bedeutung zugestanden.³ Diese krisenbedingte Rotation von unter Umständen konkurrierenden Semantiken, insbesondere aber ihre Verwirbelung scheint typisch für Phasen zu sein, die sich an tiefere Wirtschaftskrisen anschließen – dies ist zugegebenermaßen unklar ausgedrückt.⁴ Die praktischen Auswirkungen von Krisen sind selten derart klar, dass sie unmittelbar neue Leitsemantiken zuließen. Denn zwar können bisher unterlegene semantische Angebote profitieren; dass sie aber die krisenbedingten Veränderungen korrekt und überzeugend nicht nur erfassen, sondern auch zustimmungsfähige Auswege weisen können, ist deshalb ja noch keineswegs erwiesen.⁵ Wirtschaftskrisen sind ja zudem immer auch Momente im Strukturwandel und nicht einfach Unterbrechungen eines stabilen Wachstumsprozesses, der nach der Krise unter Verzicht auf bestimmte, als krisenverursachend geltende Verhaltensweisen einfach fortgesetzt werden kann. Und mehr noch: Krisen sind keine isolierten Phänomene, sondern gehören zum ökonomischen Zyklus dazu wie Aufschwung und Boom. Simple Rezepte zur ihrer Beschreibung und Überwindung taugen daher nicht; Krisen sind wohl Impulse für Ideenevolutionen und semantische Variierungen mit ganz offenem Ausgang.⁶ Streit ist die normale Reaktion. Der Fall jedenfalls, dass eine bisherige Leitsemantik spektakulär untergeht, den Platz vollständig räumt und unmittelbar ersetzt wird, ist historisch fast ohne Beispiel.

Vielleicht kommt die Weltwirtschaftskrise von 1929 dieser radikalen Eindeutigkeit noch am nächsten, doch auch hier sind Zweifel angebracht. Denn die Krisenreaktionen umfassten nicht nur ein außerordentlich breites Spektrum an theoretischen Konzepten und politischen Entwürfen; sie variierten auch von Land zu Land und – es brauchte Zeit, zum Teil viel Zeit, bis sich der Nebel lichtete.⁷ Der große Erfolg von Keynes' allgemeiner Theorie, über den

3 SAHRA WAGENKNECHT: Wahnsinn mit Methode. Finanzcrash und Weltwirtschaft, Berlin 2009, ein Buch, das in der Krise gleich mehrere Auflagen erlebte.

4 Vgl. hierzu vor allem HANSJÖRG SIEGENTHALER: Regelvertrauen, Prosperität und Krisen: Die Ungleichmäßigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens, Tübingen 1993.

5 Die Verwirrung scheint derzeit (August 2011) selbst Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise weiter zuzunehmen, nicht zuletzt deshalb, weil alle scheinbar sicheren Krisenauswege (Rettungsschirme, Stützungsaktionen etc.) selbst zu neuen Krisenfaktoren (Staatsverschuldung) werden können. Allgemein vgl. ANSGAR BELKE (Hg.): Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise, Berlin 2010.

6 WERNER PLUMPE: Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München 2010.

7 Eine gute aktuelle Darstellung der Weltwirtschaftskrise, ihrer theoretischen Verarbeitung und der politischen Reaktionen auf sie gibt es nicht. Die meisten Darstellungen (Kindleberger, Galbraith etc.) sind älteren Datums oder recht oberflächlich; für Deutschland siehe THEO BALDERSTON: The Origins and Course of the German Economic Crisis

Joseph Schumpeter verzweifelt den Kopf schüttelte⁸, erklärt sich auch deshalb, weil die (akademische) Öffentlichkeit 1936 geradezu nach einem „lösenden Wort“ gierte.⁹ Hier ist eine Bemerkung dazu notwendig, wie ich den Begriff der Semantik verwende. In Anlehnung an Niklas Luhmann¹⁰ geht es um Redeweisen und Bedeutungszuweisungen sowie deren Struktur. Kommunikative Bedeutungszuweisungen verwenden Schemata oder Scripts, in denen Geltung beanspruchende Bedeutungen unmittelbar ausgedrückt werden, etwa im Sinne der Globalisierung oder der Selbststeuerung. Dabei handelt es sich um semantische Schemata, die jeder einigermaßen Gebildete sofort versteht und die in Kommunikationsprozessen wesentliche Anschlussfunktionen erfüllen. Diese kommunikativen Strukturen unterliegen historischem Wandel, zum Beispiel indem sich nach Krisen Kommunikationsprozesse ändern. Semantik in diesem Sinne unterliegt aber nicht nur historischem Wandel, sie ist auch selbst sehr differenziert. Über Wirtschaft und Wirtschaftskrisen kann man politisch kommunizieren etwa in Parlamenten, Parteien und Interessenverbänden; sie können Gegenstand ethischer Reflexion werden durch Kirchen oder Philosophen. Insbesondere sind sie auch Gegenstand der gepflegten Kommunikation der Wirtschaftswissenschaften. Überdies spielen sich diese je unterschiedlichen Redeweisen zumindest teilweise im Medium der öffentlichen Meinung ab. Dort müssen sie als Neuigkeit, als Information auftauchen, da hier nur so kommuniziert werden kann und die Akteure des Mediensystems dies auch genau so betreiben.

Diese Beobachtung nun macht es sehr viel klarer, warum Keynes einen solchen Erfolg hatte. Nicht nur war er allein wegen seines Lebenswandels, seines geschäftlichen Erfolgs und seiner Zugehörigkeit zur Bloomsbury-Group eine Nachricht, die sich in England kaum eine Zeitung entgehen ließ. Seine Hochzeit mit einer russischen Tänzerin Mitte der 1920er Jahre war entsprechend ein großes Ereignis.¹¹ Nein: Keynes spielte geradezu virtuos auf allen Ebenen semantischer Sinnproduktion. Er sprach im Radio zur Wirtschaftskrise; er vertrat eine ethische Position, die Nähe zu den Opfern und Verlierern der Krise signalisierte. Seine Ratschläge besaßen politische Brisanz und konnten im Grunde von sehr vielen Interessengruppen unterstützt

November 1923 to May 1932, Berlin 1993; vgl. zu den USA BARRY EICHENGREEN: Golden Fetters: The Gold Standard and the Great Depression, Oxford 1992.

- 8 JOSEPH A. SCHUMPETER: Besprechung zu Keynes, Allgemeine Theorie, abgedruckt in: DERS.: Beiträge zur Sozialökonomik, Wien 1987, S.79–84.
- 9 JOHN MAYNARD KEYNES: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München 1936.
- 10 NIKLAS LUHMANN: Gesellschaftsstruktur und Semantik, Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1980. Vgl. grundlegend: DERS.: Die Gesellschaft der Gesellschaft, 2 Bde, Frankfurt a. M. 1997. Zum Begriff der Scripts und Schemata vgl. DERS.: Die Realität der Massenmedien, Wiesbaden 1995.
- 11 Zur Biographie von Keynes vgl. CHARLES H. HESSON: John Maynard Keynes, Stuttgart 1986.

werden; und schließlich bot er noch eine theoretische Grundlage an, die die akademische Welt zu revolutionieren schien.¹² Das alles zusammen war schon eine Leistung; und dass Joseph A. Schumpeter, der sich aus Politik und Ethik meinte heraushalten zu müssen und theoretisch viel skrupulöser war, das alles nicht fassen konnte und geradezu entsetzt erlebte, wie sich die Studenten von ihm und seiner Konjunkturtheorie ab- und Keynes zuwandten, ist nicht weiter verwunderlich.¹³

Diese Abschweifung hat es mir ermöglicht, nicht nur meinen Semantikbegriff zu erläutern, sondern zugleich auch am Beispiel der Weltwirtschaftskrise von 1929 zu zeigen, wie lange es dauerte, bis sich eine neue, scheinbar nichtliberale Semantik durchsetzen konnte und wie „zufällig“ letztlich die Lösung war. Ob ohne Keynes eine schlüssige, zumindest zeitweilig zustimmungsfähige Antwort auf die Krise der Ökonomie in der Weltwirtschaftskrise möglich gewesen wäre, scheint mir mehr als fraglich. Zumindest hätte es wohl kaum diese scheinbar konkurrenzlose Dominanz eines bestimmten Konzeptes gegeben, demgegenüber alle, auch alle berechnete Kritik verblasste. Dass jedenfalls nach 1929 eine Krise der politischen Programmatik und eine Verschiebung ökonomischer Semantiken Hand in Hand gingen, war – auch wenn es im Nachhinein folgerichtig erscheint – historisch keineswegs sicher.

Dem Gründerkrach und der Gründerkrise von 1873 bis 1878 wird auch eine solche geistige Zäsur nachgesagt, sowohl in der politischen Programmatik wie in der ökonomischen Theorie. Das bis dahin mehr oder weniger konkurrenzlos dominante Paradigma des Liberalismus, gipfelnd in der Wirtschaftsgesetzgebung des Deutschen Bundes und des neugegründeten Deutschen Reiches um 1870, sei in geradezu atemberaubendem Tempo gefallen und habe einem neuem sozialprotektionistischen Grundkonsens Platz gemacht. Dieser findet im sogenannten Kathedersozialismus der Historischen Schule der Nationalökonomie seinen mustergültigen Ausdruck und dominierte geistig die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Kaiserreiches.¹⁴ Die deutsche Antwort auf die mit dem Gründerkrach ausgelöste Krise des Liberalismus hat hiernach einen Namen: Gustav Schmoller.¹⁵ Er beschränkte sich kei-

12 Seine Radioansprachen aus der Weltwirtschaftskrise wurden 2009 in loser Reihe in der FAZ abgedruckt.

13 THOMAS K. McCRAW: Joseph A. Schumpeter. Eine Biographie, Hamburg 2008. Ferner ANNETTE SCHÄFER: Die Kraft der schöpferischen Zerstörung. Joseph Schumpeter – die Biographie, Frankfurt a. M. 2008.

14 In der Beschwörung des Niedergangs des Wirtschaftsliberalismus seit Mitte der 1870er Jahre ist sich die Literatur von Hans Rosenberg, Hans-Ulrich Wehler bis hin zu Thomas Nipperdey weitgehend einig.

15 Eine neuere Schmoller-Biographie existiert nicht. Grundsätzlich vgl. NILS GOLDSCHMIDT: Gustav Schmoller, in: HEINZ D. KURZ (Hg.): Klassiker des ökonomischen Denkens, Bd. 1: Von Adam Smith bis Alfred Marshall, München 2008, S. 287–305. Nicht zuletzt wegen des Fehlens einer aktuellen Biographie ist Gustav Schmoller heute nur noch der Inbegriff des greisen Geheimrates, der er aber zur Zeit des Gründerkrachs gerade nicht

neswegs auf sozialpolitische Ratschläge, sondern ebnete einer ganz anderen Ökonomie den Weg. Ob diese Annahmen, zumal in der Klarheit zutreffen, sollen die nachfolgenden Überlegungen erkundigen.

2. Der Gründerkrach und die Krise des Liberalismus

Wirft man einen Blick in die mittlerweile unüberschaubare Literatur zur Geschichte der 1870er und 1880er Jahre, so finden sich gewisse Stereotypen. Offensichtlich brachten die 1870er Jahre einen Umbruch nicht nur in der wirtschaftlichen Entwicklung; zugleich änderten sich auch die gesellschaftlichen Leitvorstellungen grundlegend. Die 1870er Jahre sahen einen umfassenden Niedergang des Liberalismus, der bis dato für Jahrzehnte unbestritten das Feld beherrscht hatte. Der Liberalismus war dabei keineswegs ein rein ökonomisches Phänomen geblieben. Im Gegenteil: Liberale Politiker und Intellektuelle bestimmten das politische und kulturelle Klima der Zeit. Der rasch nach der Reichsgründung ausbrechende Kulturkampf einerseits, die wirtschaftsliberale Gesetzgebung der frühen 1870er Jahre und die sie erst ermöglichenden politischen Konstellationen andererseits sprechen eine deutliche Sprache. Ende der 1870er Jahre freilich war alles vorüber. Der Liberalismus war nicht mehr regierende Partei, der Freihandel weltweit in der Defensive und an den Finanz- und Kapitalmärkten wurden die Stimmen lauter, die nach einer stärkeren Regulierung verlangten, nachdem 1870 insbesondere das Aktienrecht weitgehend liberalisiert worden war.¹⁶

Den Umschlag weg vom Liberalismus brachten der Gründerkrach und die sich anschließende Gründerkrise, die in eine gut 20jährige „Große Depression“ mündeten, in der sich das Wachstum gemessen am Boom der Gründerzeit verlangsamt und sich – insbesondere – angesichts des eingetretenen ökonomischen Strukturwandels die Gewinne vieler Unternehmen deutlich reduzierten.¹⁷ Die Krise bewirkte damit nicht nur einen Einbruch in den gesamt-

war. Bei dessen Ausbruch 1873 war Schmoller mit 35 Jahren ein frischgebackener Professor, der in den kommenden Jahren zum jungen Wilden der deutschen Ökonomie avancierte.

16 DIETER LANGEWIESCHE: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1995. Vgl. auch DERS. (Hg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988.

17 Grundlegend weiterhin HANS ROSENBERG: Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967. Ob und inwieweit die deflationäre Phase, die sich als „Große Depression“ an den Gründerkrach anschloss, durch eine Verringerung der Goldproduktion und damit durch die restriktiven Folgen des Goldstandards beeinflusst wurde, sei hier dahingestellt. Ein Zusammenhang ist denkbar, ja sogar wahrscheinlich, doch sollte man die strukturellen Folgen des Übergangs zur Massenherstellung von Industriegütern nicht übersehen. Vgl. BARRY EICHEN-

wirtschaftlichen Daten; sie löste auch einen gesellschaftlichen Klimawandel aus. Thomas Nipperdey formulierte das folgendermaßen:

„Die Krise löste Ängste aus, ersetzte das Hochgefühl der Hoffnung durch Angst: Angst vor Umverteilung und vor Sozialisten, Angst um den Status quo, um das Erreichte, Angst vor der Zukunft. Das kam bei Mittelklassen nicht der Partei der Bewegung und Veränderung, der Partei der Modernität, der Zukunft zugute. Die Krise führte weiterhin zuerst bei denen, die sich im Gründungsfieber verspekuliert hatten, dann bei anderen ‚Betroffenen‘ und schließlich bei allen Beobachtern zur Suche nach ‚Schuldigen‘, zur Kritik der Bedingungen und Umstände, die sie wirklich oder vermeintlich heraufgeführt hatten. Das war, so meinten viele, die kapitalistische Konkurrenz- und Marktwirtschaft mit ihrem ungehemmten Gewinnstreben, das waren ihre kürzlich erst gesetzten Rahmenbedingungen, die Gewerbefreiheit und vor allem das (in der Tat mangelhafte) Aktienrecht und das Bankrecht. Das waren die liberale Wirtschaftsverfassung, das liberale Prinzip der Selbststeuerung und -regulierung der Wirtschaft, das man nun als ‚Manchestertertum‘ bezeichnete, der liberale Harmonieglaube, die ins Kreuzfeuer der Kritik gerieten, ja es war der Liberalismus selbst, der mit all dem identifiziert wurde, die Liberalen als Partei eines modernen Aktienrechtes – der Liberalismus befand sich plötzlich nicht mehr in der Situation der Selbstverständlichkeit, sondern in der Defensive. Das war ein säkulares Schicksal.“¹⁸

Der Liberalismus, dessen Niedergang Nipperdey hier beschreibt, war vor allem ein politisches Projekt, in Deutschland verkörpert durch die nationalliberale Partei, die seit 1867 gemeinsam mit Bismarck – oder besser – hinter Bismarck im Wesentlichen die Gesetzgebung in Deutschland und damit auch die Grundstrukturen der Wirtschaftsverfassung des neuen Staates bestimmt hatte. Sein Niedergang reflektierte freilich mehr als nur das Stimmungstief nach dem Platzen der Gründerblasen. Vielmehr zeigte sich nun sehr deutlich, dass er sich kaum auf eine breite soziale Basis stützen konnte, sondern im Kern immer das Projekt des Besitz-, weniger des Bildungsbürgertums gewesen war, das sich im Boom der Gründerzeit freilich großen Zuspruchs sicher sein konnte, zumal man als Partei Bismarcks auch ein wenig vom Glanz der Reichsgründung abbekam. Überdies begünstigte das wachstumsfreundliche Milieu der 1850er und 1860er Jahre die industrielle und agrarische Unterstützung des Liberalismus.¹⁹ Die Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, zu Ende der 1840er Jahre noch durchaus protektionistisch eingestellt und immer wieder mit der Kartellierung von Teilmärkten liebäugelnd, fand sich in den 1860er Jahren mit dem sukzessiven Übergang zur Freihandelspolitik ab; noch 1875 wurden in einem letzten nachholenden Akt liberaler Wirtschaftsgesetzgebung die letzten Eisenzölle beseitigt, nur um wenige Jahre später, nicht zu-

GREEN: Vom Goldstandard zum Euro. Die Geschichte des internationalen Währungssystems, Berlin 2000.

18 THOMAS NIPPERDEY: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 3: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 387.

19 RICHARD TILLY: Vom Zollverein zum Industriestaat. Die wirtschaftlich-soziale Entwicklung Deutschlands 1834–1914, München 1990.

letzt auf Druck der Interessenten an Rhein und Ruhr, wieder eingeführt zu werden.²⁰ Aber nicht nur die Schwerindustrie schwenkte angesichts großer Überkapazitäten und sinkender Preise und Margen in das Lager des Protektionismus über, auch das jahrzehntelange Bollwerk des Freihandels, die Großlandwirtschaft, bekam nach und nach Zweifel, ob der Freihandel noch die beste aller Welten verhieß, wie man es zuvor stets betont hatte.²¹ Der Grund dafür lag nicht unbedingt in den Folgen des Gründerkrachs, sondern in strukturellen Verschiebungen in der Weltagrarwirtschaft. Nach dem Ende des Bürgerkrieges kehrten die USA nach und nach wieder als Anbieter auf die Weltagrarmärkte zurück; ebenso tauchten Australien und Argentinien als Großproduzenten auf, die angesichts dramatisch fallender Transportkosten nun ihre günstigen Produktionsbedingungen ins Spiel bringen konnten. Auch wenn die deutsche Landwirtschaft keineswegs homogen war und unterschiedliche Interessen verfolgte, sank angesichts dieses Wandels der Stern des Freihandels. Teile der Schwerindustrie, die Mehrzahl der Textilindustriellen und zahlreiche Landwirte jedenfalls wandten sich vom Freihandel ab und drängten auf eine aktivere, sprich protektionistische Politik des Staates. Da zugleich, auch eine Folge der Krise, ein tiefgehendes strukturelles Problem des sich durchsetzenden Kapitalismus, die „Soziale Frage“ immer drängender wurde und die Arbeiterschaft begann, sich als soziale und politische Bewegung zu formieren, verlor der Liberalismus auch hier an Überzeugungskraft. Der Konflikt mit dem Katholizismus, der im Kulturkampf kulminierte, tat schließlich ein weiteres, um den Liberalismus gesellschaftlich zu isolieren. Der politische Druck jedenfalls, schreibt Hans-Ulrich Wehler,

„wurde dadurch immens erhöht, daß die Vorherrschaft der Nationalliberalen dem jahrelangen Erosionsprozeß, der von der Diskreditierung der liberalen Marktwirtschaft, der liberalen Wirtschaftspolitik: insgesamt der liberalen ‚Weltanschauung‘ ausging, nicht standhielt und – auch dank Bismarcks tatkräftiger Nachhilfe – nach zehn Jahren endgültig zerbrach.“²²

Der politische Liberalismus, der als Krisenreaktion das Festhalten an seiner bisherigen Programmatik anbot (Freihandel, liberale Wirtschaftsverfassung) und zugleich die Auseinandersetzung mit den vermeintlichen Feinden der Moderne intensivierte, verlor schnell an Boden; der Vorwurf des „Machesterturns“, der zuvor bestenfalls aus der intellektuellen Sozialkritik und der entstehenden Arbeiterbewegung geäußert worden war, wurde plötzlich hoffähig. Damit geriet nunmehr auch der theoretische Gehalt des ökonomischen

20 ULRICH WENGENROTH: Unternehmensstrategien und technischer Fortschritt: Die deutsche und britische Stahlindustrie 1865–1895, Göttingen 1986.

21 Zur Freihandelsbewegung generell VOLKER HENTSCHEL: Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongreß 1858 bis 1885, Stuttgart 1975.

22 HANS-ULRICH WEHLER: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, Von der ‚Deutschen Doppelrevolution‘ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1845/49–1914, München 1995, S. 935.